

Pressemitteilung der SPD-Ratsfraktion Bochum
(27. Februar 2018)

NACH DEM URTEIL DES BUNDESVERWALTUNGSGERICHTS: BOCHUM STREBT ERHALT DER GENERELLEN MOBILITÄT AN

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts / Bochum strebt Erhalt der generellen Mobilität an

Das Bundesverwaltungsgericht hat heute sein "Diesel-Urteil" gefällt. Dazu erklärt der Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion Matthias Schröder:

"Kurzfristig sind wir gegen ein Diesel-Fahrverbot in Bochum und für den Erhalt der Mobilität der Menschen. Wir werden alles daran setzen, ein solches Verbot zu verhindern. Die Bundesregierung sollte dafür sorgen, dass die Auto-Hersteller ihre Diesel nachrüsten müssen.

Es geht aber auch um die Gesundheit der Menschen, die zum Beispiel an der Herner Straße wohnen. Das ist für die SPD von großer Bedeutung. Es wird zu Änderungen kommen: Es mag noch mal Übergangsfristen wie seinerzeit bei den Umweltzonen geben, aber alte Diesel werden aussortiert. Besser man stellt sich allmählich darauf ein.

Dafür wollen wir hier in Bochum den Rahmenplan Green City Bochum aufstellen. Um den Plan zu bezahlen, hat die Bundesregierung Fördermittel angekündigt. Soweit wir wissen hat die Bundesregierung aber immer noch nicht erklärt, wie und wann das Geld in die Kommunen kommen soll."